

er  
u.  
ren  
rigen  
nnen.  
20.  
eg. 7.50  
Ränner  
uryn Hosen  
aufsprs. 5.28  
eg. 2.75  
Frauen  
ausfleider  
aufsprs. 2.38  
Reg. 60c  
berggerippte  
Unterwäsche  
aufsprs. 48c  
Reg. 3.00  
Schwarze  
en Unterröde  
aufsprs. 2.29  
Reg. 50c  
en Planellette  
aufsprs. 39c  
Farm-  
produkte  
so gut  
wie  
argeld!  
Reg. 45c  
e Baumwolle  
aufsprs. 34c  
Reg. 50c  
ir. Planellette  
e Qualität  
aufsprs. 39c  
Reg. 65c  
rtig gemachte  
en Ueberzüge  
aufsprs. 49c  
Reg. 2.00  
iehgeseuterte  
aben Combinat.  
aufsprs. 1.39  
Reg. 3.50  
nion Oberalls  
für Männer  
aufsprs. 2.79  
s. \$35.00  
er Anzüge  
etwas anderes  
e Männer An-  
s Knöpfe Stil.  
aufsprs.  
19.95

**St. Peters Bote,**  
die älteste deutsche katholische Zeitung  
Canadas, erscheint jeden Donnerstag in  
Münster, Sask., und liefert bei Voraus-  
bezahlung:  
In Canada, per Jahrgang \$2.00  
In Der Staaten u. Ausland, \$2.50  
Einzeln Nummern 10 Cents.  
Ankündigungen werden berechnet zu  
1.00 Dollar pro Zoll einseitig für die  
erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für  
nachfolgende Einrückungen.  
Zusätzlichen werden zu 20 Cents pro  
Zeile wöchentlich berechnet.  
Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00  
pro Zoll für 4 Insertionen, oder \$20.00  
pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei  
großen Aufträgen gewährt.  
Jede nach Ansicht der Herausgeber  
für eine erschlüssige katholische Familien-  
zeitung unpassende Anzeige wird un-  
bedingt zurückgewiesen.  
Man adressiere alle Briefe u.s.w. an  
**ST. PETERS BOTE,**  
Münster, Sask., Canada.

# St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. H. + Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. H. + Erzbischofs Langevin von St. Bonifaz, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Mönchen zu Münster, Sask., Canada.

17. Jahrgang, No. 37. Münster, Sask., Donnerstag, den 28. Oktober 1920. Fortlaufende No. 869.

**St. Peters Bote,**  
the oldest Catholic newspaper in  
Saskatchewan, is published every  
Thursday at Münster, Sask. It is  
an excellent advertising medium.  
SUBSCRIPTION:  
\$2.00 per year, payable in advance.  
\$2.50 to the United States and abroad  
Single numbers 10 cents.  
ADVERTISING RATES:  
Transient advertising \$1.00 per inch  
for first insertion, 50 cents per inch  
for subsequent insertions. Reading  
Notices 20 cents per count line.  
Display advertising \$2.00 per inch  
for 4 insertions, \$20.00 per inch for  
one year. Discount given on large  
contracts. Legal Notices 12 cts. per  
agate line 1st insertion, 8 cts. later.  
No advertisement admitted at any  
price, which the publishers consider  
unsuited to a Catholic family paper.  
Address all communications to  
**ST. PETERS BOTE,**  
Münster, Sask., Canada.

### Vom Ausland

**Berlin.** General Erich Ludendorff, der im Kriege die Bewegungen der Millionenarmee Deutschlands leitete, ist jetzt ein Gemeiner der bayerischen Einwohnerwehr. Er verzog kürzlich aus Berlin nach einem Vorort Münchens, wo er sich in die örtliche Kompanie der Einwohnerwehr einreihen ließ. Im Falle von Unruhen muß er jetzt ein Gewehr tragen und Patrouillendienst in den Straßen tun. Er hat aber das Recht, eine Waffe in seinem Hause zu haben. Die bayerische Einwohnerwehr hat die Alliierten wissen lassen, daß sie trotz der Vertragsbestimmungen sich nicht entwaffnen lassen werde. Major Escherich, der Befehlshaber der Einwohnerwehr, teilte kürzlich General Walcolm, dem Haupte der britischen Abteilung der internationalen Kommission für die Entwaffnung Deutschlands, mit, die Wehrleute würden ihre Waffen nicht ausliefern, wenn auch die Alliierten sich auf den Kopf stellten.

Die Gutmachungskommission der Alliierten hat, wie der „Vorwärts“ berichtet, die deutsche Regierung angewiesen, sofort 10,000 Bullen und 500,000 Kühe an Frankreich, 11,150 Stück Rindvieh an Italien, 210,000 Kühe an Belgien und 157,000 Stück Rindvieh an Serbien auszuliefern. Der Kongreß der Mehrheitssozialisten in Kassel hat einen Beschluß angenommen, die sozialistischen Parteien aller Länder zu ersuchen, die Durchführung dieser Forderung zu verhindern.

**München.** Die deutsche Regierung hat beschlossen, in München eine diplomatische Vertretung zu errichten, wie der bayerische Premier Rath vor der bayerischen Budget-Kommission angekündigt hat. Der Diplomat soll den Rang eines Gefandten erhalten und die Reichsregierung direkt vertreten. Der Premier erklärte, der Posten sei geschaffen worden, um die Beziehungen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung zu fördern. Er kündigte an, daß Bayerns diplomatischer Vertreter in Preußen den Rang eines Gefandten erhalten werde. Auch Sachsen und Württemberg werden in München diplomatisch vertreten sein. Bayern wird einen diplomatischen Vertreter im Vatikan unterhalten, der insofern nichts mit den Geschäften des Vertreters des Deutschen Reichs im Vatikan zu tun haben wird. Der Budget-Ausschuß hat die nötigen Ausgaben für die Posten bewilligt.

**Warschau.** Polen bereitet sich zu baldigem Friedenswert vor und Pläne für Demobilisierung der Armee sind bereits angeordnet. Die Presse sagt zuversichtlich eine schnelle Umgestaltung des Landes von einer kriegsführenden Nation zu einem Lande der Freiheit und der Wohlfahrt voraus. Premier Vincenz Witos, Sohn eines armen galizischen Holzfällers, und jetzt Führer der Bauern-Partei, erklärte in bezug auf den Wiederaufbau des Landes: „Die Regierung wird ihre Anstrengungen darauf richten, die wirtschaftlichen und sozialen Zustände zu verbessern. Die jetzige Wirtschaftslage ist eine schwierige, aber nicht verzweifelte. Bereits sind Schritte getan, um wirtschaft-

liche Störungen im Verlauf der Demobilisierung zu verhüten. Unsere Absicht ist, Land-Reformen durchzuführen und Ackerbau-Gelände an frühere Soldaten zu verteilen.“ Die Unterzeichnung des endgültigen Friedensvertrages mit Sowjet-Rußland wird von ihm innerhalb der nächsten Wochen erwartet, wenn keine neuen Schwierigkeiten entstehen sollten.

**Wien.** In Oesterreich fanden die Wahlen von Mitgliedern des Reichstages statt. Derselbe tritt nächsten Februar zusammen und ist dies der zweite Reichstag der Republik. Nach fast vollständigen Wahlberichten gewann die christlich-sozialistische Partei sechs Sitze von den Sozialisten und acht von den Großdeutschen. Wenn die Partei bei den Wahlen in Ärenten in sechs Wochen ihre Stärke wahr, hat sie eine Mehrheit von vier Stimmen in der neuen Nationalversammlung. Der vormalige Minister des Auswärtigen Graf Czernin ist gewählt. Die Niederlage der großdeutschen Partei wird ihrer Forderung auf eine Vereinigung mit Deutschland zugeschrieben. Im Vergleich zur letzten Wahl verloren die Sozialdemokraten etwa 100,000 Stimmen.

**Klagenfurt.** Die österreichische Bevölkerung des Bezirks Klagenfurt feiert ihren Sieg in der Volksabstimmung über die künftige Staatszugehörigkeit kühnens begeistert. An verschiedenen Orten soll es zu Ruhestörungen gekommen sein. Im Bezirk Völkermarkt wurden ungefähr 77, im Bezirk Ferlach 56 Prozent Stimmen für Verbleiben bei Oesterreich abgegeben; diese beiden Bezirke gleichen das Resultat in den Bezirken Bleiburg und Hohegg, wo sich kleine Mehrheiten für Anschluß an Jugoslawien ergeben haben, reichlich aus. Vertreter der alliierten Mächte werden das Ergebnis der Volksabstimmung im Klagenfurter Bezirk beachten. Der Vorkämpfer hat nach dem „Echo de Paris“ diese Mitteilung nach Wien gesandt. Der Rat soll der österreichischen Regierung nahegelegt haben, es werde erwartet, daß sie den Vertragsartikel nicht verleiht, der Vereinigung mit Deutschland ohne Zustimmung des Rates des Völkerbundes verbietet.

**Brüssel.** General Lemgn, der Verteidiger von Lüttich gegen den deutschen Vormarsch zu Anfang des Krieges, ist dort infolge einer Lungenerkrankung gestorben. Der General war bei Ausbruch des Krieges Gouverneur von Lüttich. Seine tapere Verteidigung der Stadt hielt den Vormarsch der deutschen Truppen mehrere Tage auf, eine Verzögerung, mit welcher die deutsche Heeresleitung nicht gerechnet hatte. Die Folgen fielen stark gegen Deutschland ins Gewicht in dem Feldzug, der schließlich zu der Eroberung an der Marne führte. General Lemgn, der 68 Jahre alt war, wurde bei den Kämpfen verwundet und am 22. August 1914 gefangen. Bis zum 17. Dezember wurde er in einem deutschen Gefängnis festgehalten und dann wegen angegriffener Gesundheit freigelassen. Er begab sich durch die Schweiz nach Frankreich.

### Allerheiligen

O blickt empor durchs Himmelsthor!  
Dort läßt die Kirche heut' uns schauen  
Der heil'gen Schar im Lichte klar  
Auf ewig grünen Frühlings-Muen.  
Seh', wie sie zieh'n mit Palmen grün,  
Propheten, Martyrer, Befenner;  
Wie Glockenklang schallt der Gesang  
Der sieggetrübten Gottesmänner.  
Im weißen Kleid, im Glanzgeschmeid'  
Die Kindlein und die Jungfrau'n-Chöre  
Sie jauchzen all' mit süßem Schall:  
„Dem Herrn, dem Lamm sei Preis und Ehre!“  
Sie blicken heut' zum Erdenstreit  
Und rufen: „Kinder, Schwestern, Brüder,  
Hart aus im Streit; nach kurzer Zeit  
Singt ihr mit uns hier Jubellieder!“

lantkopf Kathovskas zu nehmen, mit schweren Verlusten zurückgeschlagen worden. Unter den Gefallenen befindet sich General Baroch, der Befehlshaber des Kavalleriekorps. Den Russen fiel viel Kriegsmaterial in die Hände. General Wrangels Truppen wurden hinter den Dniepr zurückgeworfen.

**Dublin.** Die katholischen Bischöfe Irlands erließen in Maynooth, wo sie am 19. Oktober in Sitzung waren die folgende Erklärung: „Niemand solange man zurückdenken kann, gab es solche verunglückte Zustände als jetzt, da wir Nord, Ueberfälle, Brandstiftung und Gewalttaten der verächtlichen Art in schrecklichem Umfang erleben. Unzählige unterschiedliche Ueberfälle und Verhaftungen im Dunkel der Nacht; lange Einfestungen ohne Prozesse, grausame Strafreichte; das Einschließen von Wohnungen, Rathhäuser, Kirchen, Molkereien und Ernten; Zerstörung von Industrien, alles führt zu Elend und Hungertod. Diese Verbrechen werden von Leuten begangen, die durch Trunkelnd geworden, darauf ausgehen, zu plündern und die Bürger zu mißhandeln und zu massakrieren; sie werden verurteilt von Dummern der Art, die eine Herrschaft des Schreckens eingeführt haben, der nur die Schrecken der türkischen Greuel oder der Schandthaten der roten bolschewistischen Heere gleichkommen.“

**London.** Die Kohlengräber setzen ihren Streik fort. Die Transport- und Bahnarbeiter drohen mit einem erbitterten Krieg zwischen den arbeitenden Klassen und der Regierung, wenn keine rasche Schlichtung mit den Bergleuten zu Stande kommt. Vertreter der Gewerkschaften und der Regierung geben den Ernst der Lage zu. Nach Ansicht der Regierung werden viele Bahnarbeiter im Falle eines Streikausbruchs auf ihren Posten bleiben. Beamte erklären, daß Drohungen von Robert Williams und anderer radikaler Leiter der Transportarbeiter und der Eisenbahner keinen Eindruck auf sie machen. Der Streikbefehl für die Eisenbahner nebst einem Ultimatum

an die Regierung kam am Schluß einer langen Sitzung von Union-Leitern. J. S. Thomas, ein Gemäßigter, sagte, daß die Arbeiter jetzt auf einen Kampf bis zum äußersten verpflichtet seien, wenn die Regierung bei einer Begünstigung der oberen Klassen beharrt. Nach amtlicher Angabe sind jetzt eine Million Leute in England ohne Stellung.

Im Parlament wurde am Montag eine Vorlage eingebracht, welche der Regierung die Beurlaubung der Kriegszeit verleiht und das Recht gibt, militärische Streitkräfte für irgendwelchen Zweck zu verwenden. Die Vorlage, welche dem drohenden Generalstreik zur Unterstüpfung der Bergleute begünstigen soll, gibt der Regierung die Macht zur Nationalisierung und Kontrolierung sämtlicher Kohlenquellen.

**Kopeuhagen.** In zwei russischen Provinzen soll das Kriegsgeld erklärt worden sein. Der Regierungsgesetzung Krava zu Folge ist auch über Petrograd und Moskau der große Belagerungszustand verhängt worden. (Schon seit geraumer Zeit hieß es, daß eine Revolution gegen die Lenine Trozky Regierung im Gange ist. In den Straßen Moskaus und Petrograds kam es zwischen Revolutionären und Sowjettruppen zum Kampfe.)

**London.** Der Glaube nimmt jetzt überhand, daß der angeordnete Streik der Bahn- und Dockarbeiter, zur Unterstüpfung der Kohlengräber, die jetzt streiken, nicht vor nächsten Mittwoch zu befrachten ist. Das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses ist auf nächsten Mittwoch zu einer Sitzung einberufen worden, um darüber zu beraten, wie den Kohlengräbern in ihrem Streik am besten geholfen werden könne, und es heißt, der Regierung sei mitgeteilt worden, daß die Bahn- und Dockarbeiter mit ihrem Streik bis Mittwoch warten würden, damit sie mit dem Gewerkschaftskongresse gemeinsam handeln. Die Bahnarbeiter hatten ihren Streik bereits auf Sonntag Nacht angezettelt, und von den Dockarbeitern wurde erwartet, daß sie ein Ultimatum von 24 Stunden

stellen würden. Parlamentsmitglieder, die im Kohlengräberstreik vermittelnd wollten, erfuhren, daß die Kohlengräber auf ihren ursprünglichen Forderungen bestehen bleiben.

**Brüssel.** Die Organisation des internationalen Gerichts und allgemeine Abrüstung waren die Hauptgegenstände, mit denen der Völkerbundrat sich in seiner heutigen Sitzung beschäftigte. Der Meinungsaustausch der Mitglieder des Völkerbunds ging hinter verschlossenen Türen vor sich. So gar die Privatsekretäre waren ausgeschlossen. Der Völkerbundrat hofft mit diesen zwei Fragen fertig zu werden; sodas sie in den Bericht, der der Völkerbundversammlung in Genf vorgelegt werden soll, aufgenommen werden können. Der Entwurf für das internationale Gericht ist Norwegen und Dänemark nicht genehm. Sie scheinen sich vereinigt zu haben, um einige Änderungen durchzuführen. Auch wollen sie die Hochburg der Seitenprellung in Genf einige Änderungen des Völkerbundabkommens vorschlagen.

**Wien.** Die Stimmen der Frauen haben in der Parlamentswahl viel zum Erfolg der Christlich-Sozialen beigetragen. In den wohlhabenden Bezirken stimmten 33% mehr Frauen für die Partei als Männer, und selbst in den ärmeren Bezirken hat die Zahl der von den Frauen für die Partei abgegebenen Stimmen die der Männer übertrafen. In zwei Arbeiterbezirken gaben die Frauen für die Christlich-Sozialen 6500 Stimmen mehr ab als die Männer. Im allgemeinen wird diese Entscheidung durch die Reaktion gegen den Mangel an Nahrungsmitteln und Heizmaterial erklärt, der unter der sozialistischen Regierung eingetreten ist. Nach den letzten Wahlen haben die Christlich-Sozialen noch einen weiteren Sitz auf Kosten der Sozialdemokraten gewonnen. Dr. Karl Renner, der Auslandminister, und alle anderen sozialdemokratischen Führer wurden gewählt. Die „Reichspost“ schreibt, es sei die Pflicht der Sozialdemokraten, die Regierung einzutreten, da sie die zweitgrößte Partei bildeten, aber die „Arbeiter Zeitung“ ist dagegen. Trotzdem wird allgemein angenommen, daß sich die Parteien an einer Koalitionsregierung beteiligen und durch ihre Vertreter gewisse Ministerposten belegen wird.

**Süd-Texas,** welches im Schandvertrag von St. Germain den Italienern zugesprochen wurde, ist am 10. Oktober gegen den Protest der Bevölkerung formell in die Hände Italiens übergegangen. Die Stadt Ansbach hatte Trauer angelegt. Es wird das von Wilson feierlich verkündete „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ gehandhabt!

**Wien.** König Alexander von Griechenland, der, wie wir letzte Woche berichtet haben, infolge eines Affenbisses an Bluterkrankung erkrankt war, ist am 25. Oktober gestorben.

**Rom.** Das Denkmal für Paphos, in der St. Peters Kirche schreitet in seiner Ausführung voran. Die große Kugel wird mit Marmor bekleidet und die Travertinblöcke, auf welchen die Statue stehen wird, sind bereits an Ort und Stelle.

### Saskatchewan ist „trocken“ Brit. Col. wird „naß“

Saskatchewan, Alberta, Manitoba und Nova Scotia haben sich bei der Abstimmung am Montag, 25. Okt. für „Trockenheit“ entschieden.

Vier canadische Provinzen haben sich bei dem Referendum letzten Montag gegen die Einführung alkoholhaltiger Getränke entschieden, Saskatchewan mit einer Mehrheit von ungefähr 7,000 Stimmen, Alberta mit einer Mehrheit von 15,000 Stimmen, Manitoba mit einer Mehrheit von 10,000 Stimmen und Nova Scotia mit einem Mehrheitsvotum von sogar 40,000 Stimmen.

Bemerkenswert ist jedoch, daß Winnipeg, Regina und Prince Albert nasse Mehrheiten aufwiesen. In Winnipeg stimmten 18,880 für und 25,291 gegen Prohibition. In Regina war das Verhältnis 3,385 für und 3,714 gegen. In Saskatoon das eine Hochburg der Seitenprellung ist, stimmten 3,138 Personen für Prohibition und 1880 dagegen. Auffallend ist es, daß so wenige Wähler in der Provinz stimmten. Von etwa 200,000 Stimmberechtigten, gaben bloß etwa 50,000 ihr Votum ab.

Die Dominion-Regierung wird durch einen Kabinettsbeschlus am Montag einen Tag bestimmen, an dem die Trockenheit obligat gemacht werden wird. Von jenem Tage an wird es dann ein strafbares Verbrechen, herausgehende Getränke in die Provinz einzuführen, anzunehmen, herzustellen, zu senden, zu trinken oder andere trinken zu lassen. Das Mindestmaß der Strafe gegen die Uebertreter des Prohibitionsgesetzes ist \$200 und das Höchstmaß \$1000 bei der ersten Uebertretung, oder drei bis 6 Monate Zuchthaus. Weitere Uebertretungen werden noch härter bestraft. Am inkonsequenten Punkte des Jahres beschlossen eingeleitet werden, der kath. Priester wird jedoch dabei gewiß allerlei Schwierigkeiten erleben und zugute sein wird ihm dann der Meßwein wohl noch, eher er einen Bestimmungsort erreicht, angeht und „abgelassen“ werden, wie dies schon so oft während der Kriegszeitprohibition der Fall gewesen ist.

Die einzigen canadischen Provinzen, die sich noch Haren Meßwein-Verstand und der Standigen Sinn zur Freiheit bewahrt haben, sind Quebec in Orien, das Bier und leichte Weine erlaubt, und British Columbia im Westen.

Die Provinz von British Columbia hat sich bei der Abstimmung am 20. Okt. mit einer Majorität von über 20,000 Stimmen zugunsten der Beibehaltung geistlicher Getränke entschieden; insofern, daß der Verkauf alkoholhaltiger Getränke der Regierungskontrolle untersteht. Alle Städte mit Ausnahme von Kenitron und Nelson ergaben große Mehrheiten zugunsten des Meßweins herausgehender Getränke unter Regierungskontrolle. British Columbia entschied sich im Kriegsjahre 1916 mit geringer Majorität für die Trockenlegung der Provinz. Bei der Abstimmung letzte Woche wurden folgende zwei Fragen den Wählern vorgelegt: „Was ziehen Sie vor: 1.) Prohibition wie sie jetzt besteht, oder 2.) Regierungskontrolle und Verkauf geistiger und Malz-Getränke in geschlossenen Pateten?“